Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

Diese Sitzungswoche begrüßten wir herzlich Christopher Averkamp, der von Ulrich Hampel zu Jugend im Parlament nach Berlin eingeladen wurde.

Vier Tage diskutierten die Jugendlichen im Plenarsaal des Bundestages. Zur Debatte standen Entwürfe zur „Einführung einer regelmäßigen Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmern, zur Regelung des Ausbaus von Windkraftanlagen an Land, zur Mandatierung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr sowie zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien.

Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren lernen dabei die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Bei der abschließenden Debatte im Plenarsaal traten 48 Redner aus allen Spielfraktionen ans Pult und versuchten, Mehrheiten für ihre politischen Anliegen zu gewinnen. Das Schlusswort bei Jugend im Parlament sprach der Bundestagspräsident Norbert Lammert persönlich.

Christoph Averkamps Fazit: „Es war ein tolles Erlebnis, einen Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages zu werfen und mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Hampel zusammenzutreffen. Ich werde mich künftig bei den Jusos im Kreis Coesfeld engagieren, es lohnt sich mitzumischen.“

Im Focus meiner Arbeit stand die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes *(EEG)*.
Dazu erfolgte jeweils eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie in meinem Umweltausschuss.

In den Anhörungen ging es um die Sicherstellung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, um Ausbaupfade und das Durchbrechen der Kostendynamik sowie um die Höhe der Einspeisetarife.

Im Weiteren standen die Marktintegration der erneuerbaren Energien, die Direktvermarktung und Ausschreibung im Mittelpunkt. Anschließend befassen sich die Abgeordneten mit Entlastungsregelungen für die energieintensiven Betriebe („Industrieprivileg“) und mit der Eigenstromregelung („Eigenstromprivileg“). Zu den Themenblöcken wurden Sachverständige eingeladen, die aus ihren fachspezifischen Sichtweisen dazu Stellung nehmen konnten und für Fragen der Abgeordneten zur Verfügung standen.

Im Umweltausschuss begrüßten wir Vertreter vom WWF, Bundesamt für Naturschutz, Umweltbundesamt, Bündnis Bürgerenergie e.V., Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. und dem BUND.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Viele Jahre hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür gekämpft, dass in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt wird. Dies haben wir erfolgreich in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Am 5. Juni hat das Parlament den Entwurf des Gesetzes zur *Stärkung der Tarifautonomie*, mit dem der Mindestlohn umgesetzt werden soll, in 1. Lesung debattiert. Vor der Sommerpause soll das Gesetz beschlossen werden.

Der Gesetzentwurf zur Stärkung der Tarifautonomie sieht neben der Einführung des Mindestlohns vor, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen zu öffnen. In der Einführungsphase des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns soll diese Öffnung für alle Branchen zur Gestaltung von tariflichen Anpassungsprozessen genutzt werden können. Zusätzlich soll die Erstreckung eines Tarifvertrages auf alle Branchen (Allgemeinverbindlichkeit) künftig dann erfolgen, wenn die Sozialpartner auf Branchenebene und auf Ebene der Spitzenverbände dies für erforderlich halten und sie im öffentlichen Interesse geboten ist.

Diese Woche brachte das Bundeskabinett die Reform des Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetzes (*BBEG*) auf den Weg. Innerhalb der Reform werden die bisherigen Leistungen des 2007 eingeführten Elterngeldes anerkannt. Dieses sichert Familien nach der Geburt ihres Kindes wirtschaftlich ab und gibt Müttern und Vätern die Möglichkeit intensiv Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. In den Jahren nach der Einführung ist es auch auf Seiten der Arbeitgeber zu einem Umdenken, dass Väter Elternzeit nehmen, gekommen.

Unser Ziel: Eltern mehr Zeit für die Familie zu geben und mehr Partnerschaftlichkeit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Dazu beinhaltet der Gesetzentwurf das “ElterngeldPlus” mit Partnerschaftsbonus, sowie die Flexibilisierung der Elternzeit.

Durch diese Einführung können zukünftig Teilzeit arbeitende Eltern, das ElterngeldPlus doppelt so lange erhalten. Bisher wird das Elterngeld für maximal 14 Monate nach der Geburt eines Kindes gezahlt. Nach der Reform wird ein Elterngeld-Monat zu zwei ElterngeldPlus-Monaten. Ergänzend verlängert sich die Zeit für weitere vier Monate ElterngeldPlus, wenn Vater und Mutter die Betreuung ihres Kindes teilen und sie parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten. Durch diese Regelung besteht die Möglichkeit sich um das Kind zu kümmern aber auch der Arbeit in höherem Umfang als der Geringfügigkeit nachzukommen, was die wirtschaftliche Sicherheit der Familie stützt.

Ein weiterer Schritt der Reform ist die Flexibilisierung der Elternzeit. Anstelle der bisherigen zwölf Monaten Elternzeit, können Eltern nun zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes ohne Zustimmung des Arbeitgebers 24 Monate Elternzeit nehmen.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Gesagt, getan, gerecht – Mehr Zeit für Familie und Job

Ich freue mich, dass wir mit dieser Reform die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern können und wir einen weiteren wichtigen Punkt des Koalitionsvertrags umsetzten können. Dabei bin ich davon überzeugt, dass die Änderungen auf große Unterstützung bei den Eltern und der Wirtschaft stoßen werden.

In unserer Fraktionssitzung freute ich mich auf den Besuch von Verena Bentele - die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung. Sie bezog in ihrer Rede eine klare Position, wenn es um Inklusion, Teilhabe und Chancengleichheit geht. .
Die von Geburt an blinde Verena Bentele ist eine frühere deutsche Biathletin, Skilangläuferin, vierfache Weltmeisterin und zwölffache Paralympics-Siegerin. Seit Januar 2014 ist sie als Behindertenbeauftragte tätig.

Innerhalb der Bundesregierung nimmt sie Einfluss auf politische Entscheidungen und begleitet aktiv die Gesetzgebung. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe beteiligen die Bundesministerien die Beauftragte bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben, soweit sie Fragen der Integration von behinderten Menschen behandeln oder berühren. Im Falle negativer Folgen des geltenden Rechts setzt sie sich für Änderungen ein und wirkt bei neuen Vorhaben auf die Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen hin.

Die Beauftragte informiert über die Gesetzeslage, regt Rechtsänderungen an, gibt Praxistipps und zeigt Möglichkeiten der Eingliederung behinderter Menschen in Gesellschaft und Beruf auf. Sie wirbt um Solidarität und zielt mit allen Initiativen im politischen, öffentlichen und kulturellen Bereich auf die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft.

Menschen mit und ohne Behinderungen können sich jederzeit mit Anfragen an die Beauftragte wenden. Die Beauftragte prüft dann, ob und welche Behörden, sonstige Institutionen oder Stellen zu beteiligen sind.

Einen tollen Abend breiteten uns die Stipendiatinnen und Stipendiaten des IPS- Programms (Internationales Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages) Unter dem Motto "25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs" führten uns die Stipendiatinnen und Stipendaten ein buntes Programm auf. Auch unser Aleksandar Zarija war tatkräftig dabei. Neben diesem eindrucksvollem Programm gab es auch die Möglichkeit an sog. Ländertischen sich über die einzelnen Herkunftsländer zu informieren und Köstlichkeiten zu probieren.

Für alle war es ein unvergesslicher Abend - der ohne Mauerfall für die Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Osteuropa nie so wahr geworden wäre.

Euer